

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 4/2010

22. April 2010

Dominierendes Thema dieser Woche im Parlament war der Budgetrahmenplan für die Jahre 2011 bis 2014, den die Bundesregierung dem Nationalrat vorgelegt hat. Darüber sowie über weitere wichtige Themen möchte ich hier einen Überblick geben.

Budgetrahmen bis 2014: Verantwortungsvolles Sparen ist angesagt

Der Budgetrahmenplan für 2011 bis 2014 legt fest, wie viel Geld die jeweiligen Ministerien in den kommenden einzelnen Jahren maximal zur Verfügung haben.

Getragen ist der Rahmenplan von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese hat einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um 22,6 Prozent und einen Rückgang unserer Exporte um 20 Prozent ausgelöst. Um diese Auswirkungen abzufangen, hat das Parlament bekanntlich das Bankenpaket und zwei Konjunkturprogramme beschlossen. Sie haben die angestrebte Wirkung für Österreich erzielt, aber auch Mehrausgaben gebracht. Um die Schuldenlast schrittweise wieder abzubauen, werden zur Budgetsanierung bis 2013 rund drei Milliarden Euro jährlich benötigt. Das Budgetdefizit von heuer 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts soll bis 2014 auf 2,3 Prozent sinken. Finanzminister Pröll hat es im Plenum sehr drastisch auf den Punkt gebracht: Wenn wir nichts dagegen unternehmen, dann steigen bis 2014 alleine die Zinszahlungen von 6,7 Milliarden auf 10,6 Milliarden Euro an.

Der Budgetrahmenplan wird nun im Budgetausschuss des Nationalrats behandelt, ehe im Herbst die eigentlichen und detaillierten Beratungen für das Jahresbudget 2011 beginnen.

Insolvenzrecht wird grundlegend reformiert

Die Änderung des Insolvenzrechts bringt für das Wirtschaftsleben etliche Neuerungen. Die Unterteilung in Ausgleichs- und Konkursverfahren wird abgeschafft. Nun gibt es ein einheitliches Sanierungsverfahren, das die Unternehmen motivieren soll, selbst Insolvenz zu beantragen und einen Sanierungsplan vorzulegen, solange eine Rettung noch möglich ist. Liegt ein Sanierungsplan vor, kann der bisherige Besitzer (unter Aufsicht) das Unternehmen in Eigenverwaltung weiterleiten. Im normalen Sanierungsverfahren wird die Quote von 40 auf 30 % gesenkt. In meiner Rede im Nationalratsplenum habe ich auch betont, dass im Zuge des Verfahrens die Interessen von kleinen Gläubiger gegenüber dem Hauptgläubiger gestärkt werden müssen.

Gefährliche Lebensmittel: Raschere Information der Bevölkerung

Der Skandal um den gesundheitsschädigenden, in Hartberg produzierten Käse hat gesetzliche Änderungen nach sich gezogen. Neu geregelt wird die Information der Bevölkerung bei Fällen wie jenem um den listerienverseuchten Quargel. Bisher durfte der Gesundheitsminister die Öffentlichkeit nicht warnen, bevor nicht durch ein amtliches Gutachten die Gesundheitsschädlichkeit eines Lebensmittels klar festgestellt wurde. Künftig kann die Behörde auch ohne ein solches Gutachten handeln und den Produktionsstopp, die Rückholung von Produkten und die Sperre des Betriebs anordnen. Der Misstrauensantrag an den Gesundheitsminister, den das BZÖ in diesem Zusammenhang gestellt hatte, wurde übrigens abgelehnt.

Kindesmissbrauch auf allen Ebenen bekämpfen

In einer Aktuellen Stunde hat Justizministerin Claudia Bandion-Ortner über die Ergebnisse des "Runden Tisches" zum Thema Kindesmissbrauch berichtet. Geplant sind eine stärkere Vernetzung aller Hilfs- und Beratungseinrichtungen, die Beauftragung eigener Kontakt-Staatsanwälte für Missbrauchsoffer sowie eine einheitliche telefonische Telefonberatung. Damit soll klargestellt werden, dass alle Missbrauchsfälle in gleicher Weise verfolgt werden, ob sie im familiären Umfeld, in kirchlichen oder staatlichen Einrichtungen verübt wurden. Erst im letzten Jahr hat der Nationalrat im Gewaltschutzgesetz beschlossen, dass für Missbrauchstäter Tätigkeitsverbote ausgesprochen werden können, erhöhte Strafrahmen gelten und Verjährungsfristen verlängert werden.

Finanzkrise und Finanzmärkte: Wir brauchen "Mehr Europa"

Erstmals hat im Nationalrat eine Aktuelle Stunde zu Europafragen stattgefunden. Thema war der internationale Finanzmarkt im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise. Die Debatte hat eindeutig gezeigt, dass nur ein stärkeres und einigtes Vorgehen Europas imstande ist, Auswüchse auf den internationalen Märkten einzudämmen und wirksam gegenzusteuern.

Meine aktuellen Anfragen an Darabos und Bures

Derzeit liegen in der Bundesregierung zwei schriftliche parlamentarische Anfragen zur Beantwortung auf, die ich als burgenländischer Mandatar eingebracht habe.

- Die eine Anfrage habe ich an Verteidigungsminister Norbert Darabos gerichtet. Darin werfe ich verschiedene offene Fragen rund um den verzögerten Ausbau der Kaserne Güssing sowie um die Modalitäten der Finanzierung des Projekts auf.
- Die zweite Anfrage bezieht sich auf die Sicherheit an burgenländischen Bahnübergängen. Ich habe an Verkehrsministerin Doris Bures eine Reihe von Fragen formuliert, die sich auf durchgeführte Sicherungsmaßnahmen an gefährlichen Bahnkreuzungen beziehen, aber auch auf geplante weitere Maßnahmen.

Gesetzlich vorgesehen ist, dass ein Regierungsmitglied zwei Monate Zeit zur Beantwortung einer schriftlichen parlamentarischen Anfrage hat. Ich werde Euch über die Antworten der beiden Minister gerne informieren.

Parlamentsführungen

Für die Vorbereitung von **Gruppenführungen** durch das Parlament steht Euch bzw. Ihnen mein **Mitarbeiter Martin Wurglits** als Ansprechperson zur Verfügung (01/40110-4682, 0664/4546818, martin.wurglits@parlament.gv.at). Führungen sind an jedem Werktag möglich.

Mit den besten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Franz Glaser
Abgeordneter zum Nationalrat